

# N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Revisionsausschuss  
am 23.02.2005**

**Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

---

**Vorsitz : Stv. Elke Wansner (SPD)**

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 40/04, 04/05

(Drucksachenband 98)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

**Beginn: 17:10      Uhr**

**Ende: 18:50      Uhr**

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der/die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung

siehe Anlage 3

## Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 23.02.2005

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Veröffentlichung                    siehe Anlage 4

Presseberichterstattung        siehe Anlage 5

### Tagesordnung

#### 0009            Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben. Der Punkt WiBus wird in der Beratungsfolge vorgezogen.

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion bringt einen Antrag zur Einsicht in das Gutachten zur Berliner Straße ein, der am Schluss der Sitzung behandelt wird.

einstimmig

#### 0010            05-A-19-0002 WIVERTIS-GmbH

Herr Oestereich stellt in der Zeit von 17.15 Uhr bis 17.30 Uhr die Tätigkeiten von WIVERTIS vor. Der Power-Point-Vortrag ist Anlage zum Beschluss.

Vors. Wansner fragt nach, was mit "Kunden im Umfeld" gemeint ist, möchte wissen, ob ihre Information, dass von 64 Mitarbeitern nur 4 zu WIVERTIS gewechselt sind, stimmt und empfiehlt, den Entwicklungsprozess über die EDV-Prüfgruppe zu begleiten.

Herr Oestereich berichtet, dass es noch keine konkreten Verhandlungen mit weiteren Kunden gäbe. Man habe sich lediglich Gedanken darüber gemacht, welche Kunden in regionaler Nähe überhaupt in Frage kämen.

Er korrigiert die Zahl der Mitarbeiter auf 63 und bestätigt, dass 4 Mitarbeiter zu WIVERTIS gewechselt haben. Außerdem seien noch 10 Auszubildende übergetreten. Es gäbe aber noch Interessierte, von denen man hoffe, dass diese evtl. in den nächsten Monaten die entsprechenden Verträge annehmen werden. Dazu sei allerdings Überzeugungsarbeit notwendig. Man müsse Vertrauen zu Siemens aufbauen.

Zum Punkt Begleitung durch die EDV-PG kann er keine Aussage treffen, das müsse intern bei der Landeshauptstadt Wiesbaden entschieden werden.

Vors. Wansner fragt weiter nach zeitnaher Problemlösung im EDV-Bereich.

Herr Oestereich sagt zu, dass dies zeitnah geschehen werden, wobei er von einem Zeitraum von ca. 6 Monaten ausgeht.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Goßmann, ob die Gründungsformalitäten erledigt seien, gibt Herr Oestereich an, dass diese erledigt seien und die Eintragung ins Handelsregister erfolgt sei.

### Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 23.02.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

einstimmig

**0011 05-F-01-0018**

Einnahmeentwicklung der Verwarnungsgelder

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.02.2005 –

Stv. Schickel begründet den Antrag. Der Antrag wird um einen Punkt erweitert:

Es wird gefragt, was aus der Arbeitsgruppe "Ordnung" geworden ist, die nach 6-monatigem Bestand aufgelöst worden ist.

Stadtrat Grella informiert den Ausschuss darüber, dass z. Zt. eine Sitzungsvorlage erarbeitet wird, die sich mit diesem Thema befasst. Er regt an, den Antrag zu diskutieren, wenn die Sitzungsvorlage den Ausschuss erreicht hat. Er berichtet aber bereits darüber, dass die Arbeitsgruppe nicht klammheimlich aufgelöst wurde, sondern dass die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wurde. Auch dazu wird die Vorlage Stellung nehmen.

Vors. Wansner möchte wissen, wann mit dem Eingang der Vorlage zu rechnen ist, da erfahrungsgemäß die Antworten des Magistrates nicht zeitnah vorliegen. Sie schlägt vor, den Antrag auf jeden Fall in der kommenden Sitzung zu beraten, ganz gleich, ob bis dahin die Vorlage eingegangen ist.

Stadtrat Grella kann sich auf die Sitzung im April 2005 nicht festlegen. Er wird aber auf Nachfrage von Vors. Wansner auch ohne die Sitzungsvorlage zu dem Antrag in der kommenden Sitzung berichten.

einstimmig

**0012 04-F-01-0077**

Qualitätszielerreichung WiBus

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.11.2004 –

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass immer noch eine Stellungnahme zu der Frage aussteht, ob an die Hamburger Hochbahn Ansprüche gestellt wurden. Diese Frage müsste evtl. nicht-öffentlich geklärt werden.

Herr Cramer (ESWE) berichtet, dass ein Teil der Beschwerden usw. von ESWE abgearbeitet worden sind.

Stadtkämmerer Dr. Müller hält die Diskussion in öffentlicher Sitzung für unproblematisch.

Er habe schon sehr früh prüfen lassen, welche Ansprüche ESWE an WiBus stellen kann – dieser Bereich ist klar.

Die Ansprüche, die an die Hamburger Hochbahn gerichtet werden können, werden z.Zt. von einem Rechtsanwalt geprüft.

Am schwierigsten dürften die Ansprüche an Mitgesellschafter zu realisieren sein.

Man habe auch gegenüber der Hamburger Hochbahn angekündigt, dass Ansprüche geprüft werden.

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 23.02.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Auf Nachfrage von Vors. Wansner erklärt Stadtkämmerer Dr. Müller, dass der Ausschuss darüber informiert wird, ob Ansprüche gegenüber der Hamburger Hochbahn erhoben werden können.

Weitere Informationen werden für die nächste Ausschusssitzung angekündigt. Der jetzige Berichts Antrag hat zunächst seine Erledigung gefunden.

einstimmig

**0013**      **04-V-20-0040**  
Schlussbericht der 91. Vergleichenden Überörtlichen Prüfung "Konsolidierung der Großstädte"

Vors. Wansner unterrichtet den Ausschuss darüber, dass bisher hat keine Fraktion Themenbereiche gemeldet hat, die speziell untersucht werden sollten. Sie hält eine Sondersitzung zu der überörtl. Prüfung für möglich bzw. schlägt die nächste reguläre Ausschusssitzung für die Diskussion vor.

Stv. Wieltsch überreicht eine Liste mit Fragen der CDU-Stadtverordnetenfraktion. Die Verwaltung solle nicht Rede und Antwort stehen, sondern man erwartet für die nächste Sitzung einen schriftlichen Bericht.

Stadtkämmerer Dr. Müller berichtet, dass er immer ein großes Interesse an den vergleichenden Prüfungen hatte, da dadurch auf die Praxis anderer Städte gegeben werden. In diesem Fall seien seine Hoffnungen allerdings sehr enttäuscht worden. Die Untersuchungsmethoden hält er für antiquiert. Es seien zwar interessante Bereiche angesprochen worden, aber die Studie beziehe sich auf 2002. Der Hauptkritikpunkt von Mummert war, die LHW habe keine Konsolidierungspraxis. Es gibt aber seit vielen Jahren eine Kosten-/Leistungsrechnung.

In einigen Bereichen seien Einsparungen einfach nicht möglich (z.B. Kitas).

Andere Bereiche sind politisch gesetzt (z.B. die Ortsbeiräte oder AKK).

Man müsse auch berücksichtigen, dass 2002 die Gewerbesteuereinnahmen um 1/3 heruntergegangen seien und zudem die höchsten Personalkosten seit 1997 zu verzeichnen waren. Heute seien aber viele Punkte weitgehend begründet. Man habe zwischenzeitlich dem Präsidenten des Hess. Landesrechnungshofes angeboten, die Wiesbadener Erfahrungen für andere Untersuchungen beizusteuern.

Stv. Tollebeek schlägt vor, Fragen zur Untersuchung zu sammeln, schriftliche Berichte dazu anzufordern und die Antworten dann im Ausschuss zu diskutieren. Wenn die schriftlichen Berichte nicht bis zur nächsten Sitzung vorgelegt werden können, sei er auch mit der Diskussion in der Sitzung am 01.06.2005 einverstanden.

Vors. Wansner weist darauf hin, dass sich die SPD mit dem Bereich der Allg. Verwaltung beschäftigen möchte. Im Mummert-Gutachten sei z.B. davon die Rede, dass man vermute, dass die Amtsleiter evtl. nicht stark genug in die Arbeitsabläufe eingebunden werden, da die Zahl der Referenten überdimensioniert sei.

Sie ist der Meinung, dass man das Gutachten nicht als Steinbruch nutzen sollte.

Stv. Wieltsch berichtet, dass Offenbach an manchen Stellen besser eingestuft werde als Wiesbaden.

Es entsteht eine kurze Diskussion darüber, ob der AKK-Haushalt rechtlich zulässig ist.

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 23.02.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

einstimmig

**0014 04-V-36-0029**

Bereitstellung von apl. Mitteln für 2003 bei Gruppierungsziffer 510 im Unterabschnitt 6900

Vors. Wansner fragt den Ausschuss, ob eine Behandlung der Vorlage zusammen mit dem in der Vorlage angekündigten Prüfbericht des Revisionsamtes für sinnvoll gehalten werde.

Diese Notwendigkeit wird nach Aussagen von Stv. Tollebeek nicht gesehen. Er schlägt vor, die Zuordnung der Mittel im Rahmen der Jahresrechnung zu behandeln, hält aber die Vorlage als solche für haushaltsrechtlich unkritisch. Der Schaden sei durch das Revisionsamt erkannt worden.

Herr Edel kündigt den Prüfbericht für die nächste Ausschusssitzung an, sieht aber auch kein Problem darin, der Vorlage jetzt zuzustimmen.

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Prüfbericht möglichst in der kommenden Sitzung behandelt wird und eine Neuregelung der Zuordnung der Haushaltsmittel im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung 2003, die wahrscheinlich im September 2005 vorliegen wird, vorzunehmen.

einstimmig

**0015 05-V-11-5001**

Überschreitung der Personalausgaben 2004 im Einzelbudget "Technisch unterstützte Informationsverarbeitung" (TUI, UA 0611)

Es handelt sich hier um die Zuordnung von Mitteln, die für die TUI entstanden, aber bei dem Personal- und Organisationsamt nicht veranschlagt waren (innere Verrechnung).

einstimmig

**0016 05-F-04-0001**

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses wegen des geplanten Baus einer Tiefgarage unter dem Bowling Green und der Fällung der dortigen Platanen  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 26.01.2005 –

Es besteht Einigkeit darüber, wie in früheren Fällen eine Prüfgruppe zu bilden, der neben der Vorsitzenden und dem antragstellenden Fraktionsstatusinhaber pro Fraktion ein Mitglied angehört. Für die Sitzung der Prüfgruppe wird der 15.03.2005, 16 Uhr, festgelegt.

einstimmig

**0017 05-F-01-0010**

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 23.02.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Tiefgarage unter dem Bowling Green  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2005 –

Vors. Wansner weist darauf hin, dass Stadtrat Bendel in der Sitzung nicht anwesend sein kann. Es sollte außerdem eine Synopse erstellt werden, die bisher aber nicht vorliege. Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr habe ebenfalls um die Vorlage der Synopse gebeten. Außerdem sei ein Einblick in die Verträge notwendig.

Stv. Tollebeek weist auf den Antrag im Stadtparlament hin. Er hält eine Synopse für notwendig. Ohne diese sei es kaum möglich, die Verträge zu lesen. Man sollte abwarten, bis die Synopse vorliege, d.h., das zuständige Dezernat sollte gebeten werden, die Synopse zeitnah vorzulegen.

Vors. Wansner weist noch einmal darauf hin, dass die Synopse rechtzeitig vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorliegen müsse, um auch dem bereits gefassten Beschluss Genüge zu tun.

Der Ausschuss bittet das zuständige Dezernat, rechtzeitig vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Synopse vorzulegen, damit diese mit der Mandatsträgerpost am 04.03.2005 verschickt werden kann.

einstimmig

### 18 Verschiedenes

Vors. Wansner fragt Stadtrat Grella, ob es eine Entscheidung in Sachen PC-Ausstattung der Ortsgerichte gegeben habe und wie weit die Verhandlungen mit der Fachhochschule Wiesbaden in Bezug auf das Versicherungswesen der Stadt gediehen seien.

Stadtrat Grella berichtet, dass die PC-Ausstattung schwierig umzusetzen sei. Mit der Fachhochschule habe es erste Gespräche mit Prof. Jost gegeben. Man sei grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert. Umfang und Kosten der Arbeit seien aber noch unklar. Prof. Jost wird sich in Kürze melden. Die Fachhochschule wurde bereits darauf hingewiesen, dass man Ende 2005 gern ein Ergebnis erhalten möchte. Nach Aussagen von Prof. Jost sollte man auch den Schritt in Richtung Versicherungsmakler nicht scheuen.

Stv. Tollebeek berichtet, dass es den Hinweis auf die Inanspruchnahme eines Versicherungsmaklers bereits gegeben habe.

Stadtkämmerer Dr. Müller begrüßt ebenfalls das Hinzuziehen der Fachhochschule.

In Bezug auf den Einsatz von PC für die Ortsgerichte fragt St. Tollebeek nach, ob die Schwierigkeiten gemildert werden könnten, wenn die Stadtverordnetenversammlung Mittel für die PC-Ausstattung in den Haushalt einstellen würde.

Stadtrat Grella bestätigt dies, führt aber noch datenschutzrechtliche Gründe ins Feld, die eine Ausstattung erschweren.

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 23.02.2005

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Dr. Goßmann kann den Datenschutzaspekt nicht ganz nachvollziehen, da z.Zt. private Laptops benutzt werden, da keine Vernetzung mit dem städtischen Datennetz geplant ist.

Herr Schäfer spricht von einer anderen Dimension. Das Geld spiele eine untergeordnete Rolle, man müsse vielmehr die Sonderstellung des Ortsgerichts berücksichtigen.

Die Prüfungen laufen noch.

Stadtrat Grella berichtet abschließend über den Fortgang bei der Unfallserie mit Großfahrzeugen der ELW. Man habe zwischenzeitlich ein Kriterienraster entwickelt, um Vorfällen dieser Art vorzubeugen bzw. besser begegnen zu können.

Seit September sei die Zahl der schweren Unfälle deutlich zurückgegangen. Auch dem zunächst erkrankten Mitarbeiter sei zwischenzeitlich gekündigt worden.

Außerdem hätten bereits 3 Kammertermine stattgefunden. In allen 3 Fällen habe das Arbeitsgericht den Kündigungsschutzklagen stattgegeben. Zur Begründung wurde angegeben, dass zunächst die Versicherung und danach erst die Polizei ermittelt hätte. Die ELW selber hätten nichts zur Aufklärung dazu getan. Daher seien die Kündigungen nicht rechens.

Berufungsverfahren seien angedacht. Der Ausschuss wird unterrichtet, sobald das Urteil schriftlich vorliegt.

einstimmig

**0019**      **05-F-01-0022**  
Gutachten Berliner Straße  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 23.02.2005 –

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,              April 2005

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Wansner

Koba